



Interviews

Datum: 12. April 2023

Roderich Kiesewetter, CDU-Außenpolitiker und Verteidigungsexperte im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Wir bleiben beim Thema, bleiben bei den Evakuierungsaktionen, aber auch beim Sudan. Zugeschaltet ist mir jetzt (heute aus Istanbul) der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, selbst Berufssoldat, Offizier bei der Bundeswehr, nun sitzt er im Deutschen Bundestag. – Guten Morgen!

Roderich Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Kiesewetter, trauen Sie dieser Waffenruhe, über die wir gerade gesprochen haben?

Kiesewetter: Zunächst ist die Waffenruhe, wie Röhrs richtig sagte, ganz hilfreich, um zu evakuieren, um Hilfe reinzubringen, aber diese Waffenruhe ist künstlich. Sie wird in wenigen Tagen wieder gebrochen werden, weil wir ja nicht nur die Akteure dort im Land haben, sondern ein Fehlen der Afrikanischen Union, ein Fehlen der regelbasierten Ordnung. Russland ist sehr präsent mit der Gruppe Wagner, die den Stellvertreter des geputzten Präsidenten, des Abdul Fattah, diesen Herrn Daglu, der die Rapid Support Forces hat, unterstützt. Das heißt, diese Streitkräfte, die sich eben nicht integrieren lassen in die staatlichen Streitkräfte, sind die eigentlichen Kräfte, die versuchen, das Heft in die Hand zu bekommen. Wir werden mit weiteren Eskalationen dort konfrontiert werden.

Küpper: Über diese Kriegsparteien, auch über die Mächte, die vielleicht dahinterstehen, möchte ich gleich auch noch mit Ihnen sprechen. Aber noch mal jetzt diese Waffenruhe: Wenn Sie im Bundesverteidigungsministerium sitzen würden, würden Sie jetzt weitere Evakuierungsflüge dort hinschicken?

Kiesewetter: Zunächst einmal ist es ganz hervorragend, was hier gelaufen ist, die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Jordanien, mit Frankreich und den USA, und was hier unsere Fallschirmjäger, die Feldjäger, aber auch die Sanitäter und Fernmeldekräfte geleistet haben, die Luftwaffe, ist hoch beeindruckend. Das können wir nicht genug herausstellen.

Ich denke, dass die Einsätze fortgesetzt werden. Wir haben rund 1400 Soldaten dort im Einsatz gehabt. Bis gestern sind über 300 europäische Staatsbürger, vorrangig deutsche, evakuiert worden, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die alle gehofft haben, gerettet zu werden, und das ist auch im Konzert mit den Franzosen, wie Frau Röhrs eben sagte, geschehen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass das noch einige Tage geht. Einfach nur eine Zahl: Es sind beispielsweise noch über 10.000 US-Amerikaner dort, viele tausend Europäer. Nicht alle wollen evakuiert werden, aber jeder, der evakuiert werden will, muss es. Wir haben dazu in Deutschland eine elektronische Erfassung der Deutschen im Ausland, die sogenannte Elefantliste, und das ist schon sehr hilfreich.

Küpper: Sie sagen, jeder, der evakuiert werden will, sollte evakuiert werden. Was ist denn mit den Ortskräften vor Ort? Der Vergleich mit der Afghanistan-Evakuierung wird dann immer gezogen. Der Unterschied ist nun schon – darauf hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock gestern auch hingewiesen -, dass den Menschen, weil sie Ortskräfte waren, nicht unbedingt im Sudan Verfolgung droht. Dennoch: Wie sehen Sie diese Debatte? Sollten auch Ortskräfte, die dort für die Deutschen gearbeitet haben, gerettet werden?

Kiesewetter: Das sehe ich zunächst sehr differenziert. Wir können jetzt in Deutschland keine Ortskräfte-Debatte brauchen. Wenn jemand gefährdet ist, wird er sicherlich mit unterstützt werden, aber entscheidend ist erst mal, dass wir unsere Staatsbürgerinnen und Staatsbürger unterstützen und dass vor Ort geklärt wird, wie die künftige politische Arbeit weiter da ist, dass wir kein Vakuum hinterlassen. Deswegen wird sicherlich sehr eng mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem Roten Halbmond zusammengearbeitet werden müssen. Auch die UNO ist ja weiter mit einer sehr schwachen Mission vor Ort. Hier geht es darum, Fähigkeiten zu stärken. Es sind auch über vier Millionen Menschen aus dem Süd-Sudan in den Sudan geflohen. Der Sudan hat seine Bevölkerung seit 1990 mehr als verdoppelt, hat über 45 Millionen Einwohner. Ich glaube nicht, dass wir hier jetzt eine Debatte gebrauchen können, sondern der Punkt ist, wie können wir den westlichen Einfluss oder den Einfluss der regelbasierten Staaten wieder stärken und den russischen Einfluss auch öffentlich machen, der mit zu diesem Desaster geführt hat.

Küpper: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Dem Einsatz muss nun nachträglich zugestimmt werden. Ist das eine Formalie?

Kiesewetter: Das ist keine Formalie, weil es hier auf Leben und Tod ging und unsere Soldatinnen und Soldaten äußerst tapfer das versucht haben.

Küpper: Ich meinte jetzt die Zustimmung, nicht den Einsatz.

Kiesewetter: Die Zustimmung – ja, sicher! Aber das ist trotzdem für uns Abgeordnete keine Formalie, weil wir das mit hohem Respekt und Dankbarkeit sehen. Das ist kein Abhaken, sondern wir werden da sehr bewusst namentlich drüber abstimmen und natürlich wird der Bundestag mit ganz großer Mehrheit dem zustimmen. Da gehe ich fest von aus.

Küpper: Jetzt wird die Bundeswehr nicht dort vor Ort bleiben. Sie haben es schon angesprochen. Auch der US-Außenminister Antony Blinken warnt vor dieser Wagner-Gruppe im Sudan. Droht diese Auseinandersetzung, die globale Auseinandersetzung ein Stück weit mit Russland einen weiteren neuen Schauplatz zu bekommen?

Kiesewetter: Ja, und das ist ja schon der Fall. Die Gruppe Wagner ist in vielen afrikanischen Ländern, auch in Mali beispielsweise präsent und hat durch ihre Präsenz den deutschen Einsatz, wenn man so will, beendet. Sie ist in Libyen präsent, sie war in Mosambik präsent, sie ist im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik, wo die nächsten Umstürze drohen. Die Gruppe Wagner finanziert sich aus dem Land heraus durch Diamanten- und Goldschmuggel, durch Waffenschmuggel. Das heißt, diese Gruppe ist nicht auf russische Unterstützung angewiesen, gleichwohl sie eine Armee des russischen Auslandsnachrichtendienstes ist, und hier müssen wir uns darauf einstellen, dass ein Umsturz oder eine weitere Verschärfung des Konflikts droht, weil sie hier die Chance sehen, Afrika zu spalten und auch die Afrikanische Union zu schwächen.

Küpper: Aber dem können Sie im Grunde genommen gar nichts entgegensetzen. Es ist analog vielleicht auch die Situation in Mali, in der Sahel-Zone.

Kiesewetter: Ja! Wir müssen uns bewusst sein, dass das Vorgehen Russlands nicht auf Stabilisierung ausgesetzt ist, sondern auf Destabilisierung, Anheizen der Konflikte auch in Afrika, um geopolitisch Einfluss zu gewinnen. Deswegen müssen wir mit Blick auf die leider sehr verzögerte deutsche außenpolitische Sicherheitsstrategie, die nationale Sicherheitsstrategie, sehr rasch mit unseren europäischen Partnern mehr Präsenz zeigen. Es wird auch tatsächlich mittelfristig um eine verstärkte Militärpräsenz der Vereinten Nationen, unterstützt durch europäische Staaten, gehen.

Küpper: Mit Bundeswehrsoldaten?

Kiesewetter: Ich schließe es nicht aus. Das müssen wir sauber debattieren. Wir sind ja weiter präsent in Niger, aber es geht nicht, dass man nur punktuell dort aktiv ist, sondern wenn die Staaten es wünschen, dass sie unterstützt werden, sollten wir uns dem nicht verschließen, aber uns europäisch abstimmen.

Küpper: Aber die Lage im Sudan zeigt jetzt wirklich auch, dass es dann Krieg geben kann. Das Erkenntnisproblem, die Erkenntnis, das haben Sie gerade geschildert. Es geht jetzt darum, was dagegen tun. Halten Sie es wirklich für den richtigen Weg, eine wie auch immer zusammengestellte Armee unter welchem Mandat auch immer dort hinzuschicken?

Kiesewetter: Nein, wir müssen ganz klar über die politischen Ziele uns im Klaren sein. Was wollen wir denn und welche Kräfte werden unterstützt. – Nun ist der Sudan gespalten. Die Konfliktparteien haben sich nicht an die Absprachen gehalten. Seit letztem Jahr sollte die Macht im Sudan an eine zivile Regierung zurückgegeben werden. Das ist gescheitert. Wir sind nicht Teil eines Bürgerkrieges, aber wir müssen aufpassen, dass es sich nicht ausweitet. Das heißt, es geht darum, den Tschad zu stabilisieren. Es gilt auch sehr genau zu schauen, dass Ägypten, Libyen auch beeinflusst werden von diesen Konfliktbereichen, und dass wir mit dieser Nachbarschaft versuchen, ins Benehmen zu kommen. Es ist ganz entscheidend, dass die Bundesregierung wieder den Libyen-Prozess startet und nicht ausschließlich auf den internationalen Koordinator wartet. Hier hat die Bundesregierung in der Vergangenheit sehr viel geleistet. Das erwarte ich auch von der neuen, so, dass wir wenigstens im Umfeld des Sudan stabilisieren. Im Sudan selbst werden wir keine Aussicht haben, in den nächsten Jahren hier etwas außer über Diplomatie zu lösen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.